

Inflation in der Politik



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Inflation, was auf Lateinisch soviel wie „Sich-Aufblasen“, „Aufschwellen“ bedeutet, bezeichnet in der Volkswirtschaftslehre kurz zusammengefasst, dass das Geld an Kaufkraft beständig verliert. Auch politische Instrumente, wie zum Beispiel Interpellationen, Volksinitiativen oder Referenden, können bei falscher Verwendung rapide an Wert verlieren.

Absurde Vorstösse...

Wenn ein Grossrat, der sich milde formuliert an der Grenze

geistiger Zurechnungsfähigkeit befindet, Regierung und Parlament mit einer Flut unsinniger Vorstösse überschwemmt, ist das mühsam, ärgerlich und unwürdig. Wenn eine Partei, die im Grossen Rat nicht vertreten ist, dies aber verzweifelt anstrebt, gegen einen vernünftigen Kompromiss mit absurden Argumenten das Referendum ergreift, dann kann man das mit einem Kopfschütteln abtun.

...gefährden politisches System nicht

Zwei Beispiele, die zwar den Steuerzahler etliches kosten, die aber unser politisches System weiter nicht gefährden. Wirklich? Ich glaube das nicht, ich sehe bei diesen extremen Beispielen durchaus Risiken und Nebenwirkungen. Erstens tragen beide, der schwierige und alleine auf sich selbst bezogene Einzelkämpfer wie auch die politisch

völlig unerfahrene Partei zu einer schleichenden Entwertung politischer Instrumente bei. Zweitens, total absurde Vorstösse lassen die bloss überflüssigen oder dummen als gar nicht so schlimm erscheinen. Das heisst, der Massstab verschiebt sich langsam. Nach unten.

Medienpräsenz ist alles?

Drittens lösen Clown-Nummern und populistische Vorstösse jeder Art leider mehr Medieninteresse aus als sachliches, fundiertes und zielorientiertes Politisieren. Es ist hier nicht die Rede von der Aufnahme spektakulärer Themen, welche die Bevölkerung tatsächlich beschäftigt. Dies soll und wird weiterhin geschehen und ist auch eine wichtige Aufgabe der Politik - und damit auch der Politikerinnen und Politiker. Aber in den Medien präsent zu sein, gilt bei vielen Politikerinnen und Politikern derzeit als das höchste aller Gefühle. Die Illusion, sich durch möglichst viele Medienberichte, egal wie und über was, die Wiederwahl zu sichern, ist die wohl verbreitetste Politiker-Krankheit. Und, wie kommt man in die Medien? Durch politische Vorstösse, Sinn und Qualität gänzlich Nebensache. Leider gibt es neben den anfangs erwähnten Extrembeispielen auch von grundsätzlich durchaus Vernünftigen eine zunehmende Zahl von politischen Vorstössen, die kaum durchdacht sind, die sich mit einem kurzen klärenden Telefonanruf beim zuständigen Departement sofort erledigt hätten, die für die Verwaltung nichts anderes als überflüssige und teure Arbeit bedeuten und letztlich kaum je

wirklich etwas bewegen oder gar ändern.

Gegen Beschränkung der politischen Instrumente

Eine weitere schädliche Nebenwirkung besteht darin, dass verschiedene Stimmen bereits eine Beschränkung der Anzahl politischer Vorstösse pro Parlamentarier und Sitzung fordern. Wir Liberaldemokraten sehen darin keine Lösung. Es darf doch nicht sein, dass mangelnde Eigenverantwortung von Politikerinnen und Politikern mit der Einschränkung politischer Rechte kuriert, beziehungsweise bekämpft werden soll. Es kann doch nicht sein, dass respekt- und verantwortungsloser Umgang mit diesen Rechten gegenüber der Bevölkerung das Bild einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Politik vermittelt, von der sie sich dann, verständlicherweise, abwendet und die sie nicht mehr ernst nehmen kann.

Appell an die Vernunft

Wir appellieren an alle, die politischen Rechte und die dafür bestehenden Instrumente, von der schriftlichen Anfrage, über Interpellation, Anzug, Motion bis hin zu Referenden und Volksinitiativen ernst zu nehmen, mit Vernunft und Respekt einzusetzen. Wir Liberaldemokraten wollen ein Beispiel für verantwortungsvolles politisches Handeln sein. Wir informieren uns sorgfältig, überlegen uns gut alle möglichen Optionen und diskutieren intensiv, bevor wir einen politischen Vorstoss lancieren. Weniger ist oft mehr, wir stellen Qualität über Quantität. Und wir hoffen, dass Sie, unsere Wählerinnen und Wähler, uns in dieser Haltung unterstützen!

Inhalt

<i>Inflation in der Politik</i>	1
<i>Veränderungen in Grossbasel-West: Im Westen nichts Neues? Keineswegs!</i>	2
<i>Zwölf Jahre Behindertengleichstellungsgesetz: Gleichstellung schafft Mehrwerte</i>	3
<i>Wir gratulieren: 90 Jahre Lukas Burckhardt</i>	4
<i>Volksinitiative „Wohnen für alle“: Grosser Rat lehnt Staats-Stiftung ab</i>	5
<i>Arealentwicklung Felix Platter-Spital</i>	5
<i>Missions- und Burgfelderstrasse: Grosse Pläne - aber mit Sprengkraft</i>	6
<i>Auswüchse im Millieu bekämpfen</i>	6
<i>Bâle-Saint-Louis retour!</i>	7
<i>Frauenpower bei der LDP: Mehr als 3 x Spitze!</i>	8
<i>Sich oder andere beschenken - und auch die LDP</i>	8
<i>Jungliberale Basel-Stadt: Neue Impulse bei den Jungliberalen</i>	9
<i>Abstimmen, bis es stimmt?</i>	10
<i>Das Alter ehren und respektieren</i>	11
<i>Bildung ist Schlüsselfaktor für das Erfolgsmodell Schweiz</i>	12

Veränderungen in Grossbasel-West: Im Westen nichts Neues? Keineswegs!

Lange Zeit galt Basel-West als ruhiger Stadtteil mit wenig Veränderungen: Dem ist nicht mehr so! Es gibt Veränderungen von aussen - etwa im Verkehrswesen. Aber auch unsere Partei weist Neuheiten auf - Neuheiten, die in eine gute Richtung zeigen.



von Philip Karger
Präsident
Quartierverein
Grossbasel-West

2009 hat das Basler Stimmvolk, entgegen der Empfehlung der Bürgerlichen, der Umgestaltung des Luzerner- und Wasgenrings knapp zugestimmt. Seit März 2012 wird gebaut und Ende 2015 soll der Umbau fertiggestellt sein. Dann wird sich zeigen, ob die endlose Bauerei die versprochenen Vorteile mit sich bringen wird! Wir Liberaldemokraten im

Westen glauben nicht daran. Jedoch begrüssen und begleiten wir weitere, für unseren Stadtteil signifikante Projekte. Dazu gehören die Arealentwicklung Volta Ost, der Neubau des Biozentrums, der uns einen Schritt näher zum Life Science Campus bringt, die Entwicklung rund um das Felix Platter Spital, die Schulhausumbauten und Neubauten im Rahmen von HarmoS, die Neu- und Umgestaltung der Rheinuferpromenade zwischen St. Johannspark und der französischen Grenze – und nicht zuletzt die Arealentwicklung Volta Nord. Unsere Grossräte aus dem Wahlkreis West begleiten

nicht nur diese Grossprojekte, sondern vertreten auch Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Stadtteils; persönlich mache ich meinen Einfluss als Vizepräsident des Stadtteilsekretariates Basel-West auf die laufenden Verfahren geltend. Sie lesen richtig: Die LDP-Grossbasel West ist gut vernetzt in unserem Stadtteil! Seit 2014 organisieren wir in unregelmässigen Abständen politische Gespräche unter dem Titel „Der Westen trifft sich“. Grossräte und andere Persönlichkeiten nehmen in Kurzvorträgen zu aktuellen Themen Stellung und fördern den politischen

Austausch unter den Mitgliedern und interessierten Kreisen. Dabei sind Anstösse erwünscht, die zu weiteren politischen Vorstössen führen.

Im Herbst 2013 haben wir zum ersten Mal am Kürbisfest auf dem Neuweilerplatz mit einem Stand teilgenommen. „Mir gän Gutzi“ war unser Motto – und wir haben dementsprechend herrliche Kürbisgutzi verteilt und verkauft. Die interessanten Gespräche mit den Besucherinnen und Besuchern haben uns bewogen, am Kürbisfest 2015 erneut teilzunehmen. Der Dialog mit der Bevölkerung, besonders auch mit den Gewerbetreibenden, ist uns wichtig.

Im Westen nichts Neues gehört der Vergangenheit an. Ihre Anregungen und Vorschläge nehme ich als Präsident der LDP-West gerne entgegen: Sie erreichen mich am besten unter pkarger@gmx.ch.



So soll es dereinst einmal aussehen am Kreiselluzernerring...



...so sieht es aktuell aus

Inserat

Für das Jahresende!

Die speziellen Jahresend-Karten und der aussergewöhnliche Mineralienkalender vom **LDP-Fotografen Philip Karger**

CHF 29.50

PK-Vision

Mineralienkalender
2015



Kalendergrösse: A5 / 13 Blätter
speziell fotografierte Mineralien

Jede Vorderseite:
Kalendarium und Bild eines
Minerals der zum Monat passt

Jede Rückseite:
Beschreibung, Namensherkunft,
Wirkung, usw. des Steins. /
Jedes Bild kann abgetrennt und
als Postkarte verschickt werden.



CHF 3.00 pro Karte
26 spezielle Karten / Winter,
Basel und andere Sujets

Anschauen & Bestellen: www.pk-vision.ch → Online Shop
→ Kalender / Weihnachts- Jahresendkarten

Zwölf Jahre Behindertengleichstellungsgesetz: Gleichstellung schafft Mehrwerte

Seit 2002 gibt es das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG). Es hat einiges bewirkt und vor allem die Säumigen angehalten, sich hin zu einer barrierefreien Umgebung zu bewegen. Noch gibt es aber einiges zu tun - auch in Basel.



von Fritz Vischer, freischaffender Texter und Redaktor

Im April 1977 zog ich mir bei einem Verkehrsunfall eine Tetraplegie zu, die mich in den Rollstuhl brachte. Zum Glück gab es schon zu jener Zeit weitsichtige Unternehmer und Bauherren, die mir und damit auch vielen andern das Leben erleichterten. So etwa die privat dominierte Luftfahrtindustrie. Sie unternimmt seit 1945 alles, um Menschen mit eingeschränkter Mobilität den Zugang zu ihren Flugzeugen zu ermöglichen.

Luftfahrtindustrie ging voraus

Also unternahm ich 1978 nach meiner Rehabilitation im Paraplegikerzentrum in Basel als erstes eine Flugreise nach Paris. Der Flug war wunderbar, Paris selbst war fürchterlich und ist es auch heute noch. Weltweit sind auch alle Flughäfen im Gegensatz zu den schmutzigen und muffigen Bahnhöfen funktional, einladend und komfortabel. Ihrem Beispiel folgten die Anbieter von Kreuzfahrten. Rollstuhlfahrer wie ich gehören dort zu den Stammkunden. Auch Einkaufszentren und Warenhäuser waren rollstuhlgängig. Nicht verwunderlich, dass ich dort und nicht im verwinkelten Fachgeschäft mit vermeintlich eleganter Vortreppe einkaufte.

Gute Technik verbessert die Welt

Die Erfinder des Personal Computers und ihre Software-Freaks achteten von Beginn weg darauf, dass sich sogar Schwerstbehinderte dank ihren Geräten

endlich entfalten können. An meiner Arbeitsstelle gehörte ich im Herbst 1983 zu den ersten, denen ein PC zur Verfügung stand. Dank Neuentwicklungen Betroffener spürten auch die behäbigen Hersteller von medizinischen Hilfsmitteln ein: Die Rollstühle wurden immer leichter, dafür stabiler, eleganter und wendiger. Seit 1993 kann ich deshalb in den flachen Gebieten von Basel alleine rumradeln.

Basel ist schön, Bern noch schöner

Lange musste ich mir in meinem Rollstuhl vor lauter Randsteinen mit ihren verpissten und verdreckten Strassengrübchen den geeignetsten Weg wie eine Ratte ersuchen. Inzwischen ist das bereinigt – mit der wohltuenden Nebenwirkung, dass die Stadt sauberer und schöner ist. Auf kommunaler Ebene entwickelte sich nur Bern schon frühzeitig zum Eldorado für Rollstuhlfahrer. Das trägt dazu bei, dass sich die meisten, namentlich auch Touristen, in dieser heimeligen Stadt wohlfühlen.

Arbeit dank rollstuhlgängigen Banken

Selbst die scheinbar wenig innovativen Banken achteten darauf, allen den Zugang zu erleichtern: Das 1980 renovierte Hauptgebäude des Bankvereins – heute UBS – war perfekt rollstuhlgängig. Gut 10 Jahre später entstand der ebenfalls rollstuhlgängige Neubau der Bank Sarasin, heute J. Safra Sarasin. Bei Ciba-Geigy, Roche und Sandoz war das mehrheitlich auch so. So heuerte ich als ehemaliger Lehrling nach meiner Publizistikausbildung wieder beim rollstuhlgängigen Bankverein an. Dort habe ich über Jahre so viel gearbeitet, dass ich keine Invalidenrente bekam, dafür ordentlich Steuern ablieferte. Heute gehe ich bei

Safra Sarasin als freischaffender Texter ein und aus. Selbstverständlich bin ich bei beiden Banken auch Kunde.

Multiplikatoreffekte wirken

Das sind typische Beispiele von Multiplikatoreffekten: Die zweckmässige, schwellenlose Architektur erleichtert die betrieblichen Abläufe und wirkt einladend: Die Kunden strömen ins Haus, so auch ich, der zudem eine Stelle hat und so das Gemeinwesen mitträgt, statt ihm zur Last zu fallen. Das alles war auch ohne Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) möglich. Das 2002 verabschiedete Gesetz entstand

Der Autor

Fritz Vischer, 60, zog sich 1977 bei einem Verkehrsunfall eine Tetraplegie zu. Er absolvierte danach eine Publizistikausbildung, arbeitete als Journalist und ab 1983 in einer Grossbank. Seit 2007 wirkt er als freischaffender Texter und Redaktor. Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Töchtern. In der Ortssektion Therwil der FDP. Die Liberalen ist er im Vorstand.

vorwiegend, um noch die Säumigen und Uneinsichtigen abzuholen. Schliesslich geht es darum, Massnahmen durchzusetzen, die letztlich für alle den Komfort erhöhen und so auch allen die Teilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglichen. Das belebt, wie mein bescheidenes Beispiel zeigt, das Geschäft und verkittet uns. Dabei wissen wir, dass Gleichstellung in der Praxis nie mehr sein kann als die Annäherung an ein Ideal.



Schwellenlose Architektur hilft nicht nur den Behinderten selbst, sie wirkt einladend und animiert so Kunden zum Eintreten und Verweilen.

Ungleicher Immobilien-Markt

1996 suchten wir in der Stadt ein rollstuhlgängiges, aber auch familiengerechtes Haus. Als bestes Angebot gab der Markt aber nur luxuriöse Mietwohnungen für Executives und Senioren her. Da passten wir als Familie mit zwei heranwachsenden Backfischen nicht hin. Statt über die offensichtlich mangelhafte Gleichstellung im Basler Immobilienmarkt zu klagen, zogen wir dann, allerdings mit einer gewissen Wehmut, ins Leimental, wo es gab, was wir gesucht hatten. Mangels besserer Alternative musste ich mich dann

aber auf Kosten der Invalidenversicherung mit dem Taxi in die Bank bringen lassen, statt selbst dorthin zu rollen.

Druck auf die Säumigen

Damit sind wir wieder bei den Säumigen und Uneinsichtigen: Die Betriebe des öffentlichen Verkehrs gehören zu ihren prominentesten Vertretern. Teils mit politischem Flankenschutz verschliessen sie sich der Idee, als lösungsorientierte und kundenfreundliche Dienstleister aufzutreten. Den Kommunen geht dieses Verständnis vielfach ebenfalls ab. Sie handeln nur auf äusseren Druck, dann aller-

dings mit Anstand und aufgrund des Nachholbedarfs mit erheblichem Aufwand. So fahre ich seit Anfang der neunziger Jahre regelmässig Zug. Der zuverlässige Mobility Service der SBB hilft mir, die Hühnerleiter ins Zuginnere zu überwinden.

Rückschritt gegenüber Mittelalter

Seit etwa zehn Jahren wage ich mich auch wieder in Trams. Bin ich alleine, muss ich aber jemanden anhauen. Rollstuhl ankippen und hoch heben – das ist die Technik. Die Kreuzritter mussten das nicht. Vor 1000 Jahren bauten sie ihre Schiffe

für die Reise ins Heilige Land auch ohne gesetzlichen Auftrag so, dass sie zu Pferde ebenerdig zusteigen konnten. Verglichen damit ist das soziale Basel dem Heiligen Land noch fern, während Zürich nachgerückt ist: Dank dem Behindertengleichstellungsgesetz können Damen in langer Robe und Stöckelschuhen, beschwipste Herren und alle andern wackligen Mitmenschen an der Oper - wie ich - sicher, bequem und ebenerdig aus dem Tram steigen. Die Zürcher Trams sind damit auf der Höhe, auf der sich andere seit Jahrzehnten zufrieden bewegen, und zwar auf eigene Initiative.

Wir gratulieren: 90 Jahre Lukas Burckhardt

Lukas Burckhardt kam am 13. Oktober 1924 zu Hause an der Gartenstrasse zur Welt. Wenn auch etwas verspätet, entbieten wir Lukas (Cheese) Burckhardt unsere allerbesten Wünsche zu seinem 90. Geburtstag. Das bedeutet ein langes reiches Leben einer faszinierenden, lebensfrohen und offenen Persönlichkeit. Früh, mit vier Jahren, verlor er seinen Vater. Seine Primarschulzeit verbrachte er im Spalenschulhaus; anschliessend besuchte er das Humanistische Gymnasium. Dort wirkte er aktiv im GTV mit und verbrachte viele Ferien im GTV-Ferienhaus Brugnasco in der Leventina. Der Sportgeist, den er damals erleben durfte, prägte Cheese zeitlebens und bis heute. Das Studium der Jurisprudenz an der

Uni Basel schloss er mit einer strafrechtlichen Dissertation bei Professor Ludwig ab. Nach verschiedenen Volontariaten und einem Studienjahr als Stipendiat des Nationalfonds an der Yale Law School im Jahre 1955 wurde er Staatsanwalt und nach drei Jahren Chef des Kriminalkommissariats.

Richter und Regierungsrat

1960 folgte die Wahl zu einem Präsidenten des Strafgerichts. 1966 wurde er zusammen mit Arnold Schneider (FDP) gegen Walter Allgöwer vom Landesring in den Regierungsrat gewählt. Dort übernahm er das Finanzdepartement. In seine Amtszeit und Verantwortung fielen insbesondere der Aufbau

der elektronischen Datenverarbeitung, die Schaffung des Personalamtes, die analytische Stellenbewertung sowie der Entwurf der ersten Zielvorstellungen der Regierung, „Basel 72“. 1968 und 1977 war er Präsident der Basler Regierung. Seinen Mitarbeitern ist er als kreativer, auch in schwierigen Zeiten stets gutgelaunter Vorgesetzter in Erinnerung geblieben. 1980 trat er ausgesprochen populäre Politiker nach 14 Jahren aus der Regierung zurück. Mittlerweile ist bereits die vierte Generation seiner Nachfolger als liberaler Regierungsrat (mit Christoph Eymann) wie auch als Vorsteher des Finanzdepartementes zur Zeit im Amte.

„Vater“ des Radio Basilisk

Es war damals natürlich viel zu früh für den aktiven Jubilaren, um sich auf's Altenteil zurückzuziehen. Er arbeitete in Verwaltungsräten mehrerer Unternehmen mit, stellte sich aber auch immer wieder gemeinnützigen Organisationen und Projekten, welche von seinen reichen Erfahrungen und Beziehungen profitieren durften, zur Verfügung. In der Öffentlichkeit blieb Lukas Burckhardt insbesondere als Präsident der Radio-Basilisk-Gesellschaft bestens bekannt. Er war im Hintergrund, als Vaterfigur, massgeblich beteiligt

an der Erfolgsstory der ersten Jahrzehnte des Basler Radios. Vor dem Mikrofon hat er „Jazz mit Cheese“ zu einem Markenzeichen erster Güte gemacht.

Die Liebe zum Jazz

Überhaupt prägte die Musik, vor allem seine Trompete, das Leben von Lukas Burckhardt. Im jungen Alter von sieben Jahren begann er Klavier zu spielen, wechselte dann auf Geige und kaufte sich „erst“ 1940 eine Trompete. In den 40er und 50er Jahren spielte er in verschiedenen Amateurbands, u.a. mit den Darktown Strutters, aber auch mit bekannten Musikern. Der Basler Fasnacht hat Cheese u.a. den inzwischen klassischen „Whisky Soda“ geschenkt. Am Spalenberg, später im eigenen Haus im Wettsteinquartier, verlebte Lukas Burckhardt, zusammen mit seiner Frau, der Künstlerin Marischa, die aktiven letzten Jahrzehnte. Seit kurzem verliess er das Kleinbasel und ist ins Adullam gezügelt. Er genießt es heute, dort verwöhnt zu werden und trotzdem – wenn er will – in den Ausgang zu gehen. Wir danken dem lebenswürdigen und originellen Basler Lukas Burckhardt ganz herzlich für sein Engagement zugunsten unseres Gemeinwesens und wünschen ihm alles Gute.

Ueli Vischer



Cheese (links) bei einer seiner Sendungen auf Radio Basilisk.

Volksinitiative „Wohnen für alle“ : Grosser Rat lehnt Staats-Stiftung ab

Die Volksinitiative „Wohnen für alle“ fordert die Errichtung einer staatlichen Stiftung „zur Erhaltung und Schaffung von bezahlbarem Wohn-, Gewerbe- und Kulturraum“. Aus Steuergeldern sollen CHF 50 Mio. für die Staats-Stiftung ausgegeben werden. Dank Einigkeit der bürgerlichen Seite gelang es, diese Idee im Grossen Rat abzublocken.



von Grossrat Conradin Cramer

Die Staats-Stiftung soll mit einem offenen Zweck letztlich jede Art von Mietsubventionierung für Wohn-, Gewerbe und Kulturräume ermöglichen. Subventioniert werden sollen also nicht etwa wirklich bedürftige Menschen - nein es darf einfach Steuergeld verteilt werden, für „verschiedene Benutzergruppen“, wie zum Beispiel „kreative Startups“.

Selbstbedienungsladen

Schon diese Beliebigkeit der Förderung ist Grund genug, die Staats-Stiftung als Selbstbedienungsladen abzulehnen. Doch das ist nicht alles: Die

Staats-Stiftung soll „Personen im Sinne einer sozialen Nachlassplanung den Erwerb ihrer Liegenschaften“ anbieten. Der Kanton würde also über seine Stiftung eine aktive Beratungstätigkeit entfalten, um beispielsweise alleinstehende Personen ohne Nachkommen dazu zu bringen, Liegenschaften an die Staats-Stiftung zu vererben.

Staatliches Spenden-Profitcenter

Aus liberaler Sicht ist es nicht angebracht (um nicht zu sagen: skandalös), zur Finanzierung von Staatsaufgaben den privaten Spendenmarkt anzugehen, auf den viele gemeinnützige Institutionen angewiesen sind. Besonders geht es nicht an, dass der Staat ausgelagerte „Spenden-Profitcenter“ führt, in der Hoffnung, die Staatsnähe einer Institution auf dem Spendenmarkt zu verdecken. Selbst wenn ein Teil der Stiftungsgelder für Sozialwohnungen verwendet würde, wäre dies der falsche Ansatz, um

Bedürftigen zu helfen: Wie der liberale Grossrat Thomas Strahm in der Debatte betonte, ist die sogenannte Objekthilfe (also die Bereitstellung von Sozialwohnungen) generell überholt.

Subjekt- statt Objekthilfe

Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, soll direkt geholfen werden (Subjekthilfe). Eine staatliche Stiftung würde wie in vergangenen Zeiten zu isolierten Wohnsiedlungen für Bedürftige führen. Gegen die Staats-Stiftung spricht auch der enorme Verwaltungsaufwand: Der Regierungsrat schätzt die Verwaltungskosten für die Stiftung auf 10 bis 13 Prozent der Nettomieteinnahmen. Selbst diese Schätzung dürfte noch zu optimistisch sein: eine vergleichbare, aber höher dotierte und damit von grösseren Synergieeffekten profitierende Stiftung im Kanton Zürich weist einen Verwaltungsaufwand von rund 14 Prozent der Nettomieteinnahmen auf. Trotz der auch vom links-grün

dominierten Regierungsrat festgestellten Untauglichkeit der geforderten Stiftung war die Ausgangslage im Grossen Rat denkbar knapp: Nur die Hälfte der vorberatenden Bau- und Raumplanungskommission war gegen die Initiative, die andere Hälfte war dafür.

Liberaler Position knapp erfolgreich

Vor der Debatte im Grossen Rat war nicht klar, ob sich die Argumente der Liberal-Demokraten gegen das teure, ineffiziente und unnötige Stiftungskonstrukt durchsetzen würden. Nur dank der vollen Präsenz und Einigkeit der bürgerlichen Grossrätinnen und Grossräte gelang es, die Staats-Stiftungs-Idee im Grossen Rat abzublocken. Das ist ein schöner Erfolg für eine auf liberalen Grundsätzen beruhende Sozial- und Wohnpolitik. Es ist aber nur ein vorübergehender Erfolg: Die linken Parteien haben bereits angekündigt, dass sie die Staats-Stiftung unterstützen. Im Abstimmungskampf werden wir die Menschen überzeugen müssen, dass sie ihre Steuergelder nicht für eine Staats-Stiftung ausgeben sollen, die viel kostet und mit ihrer unklaren Zielsetzung nicht den wirklich Bedürftigen hilft.

Arealentwicklung Felix Platter-Spital

Seit diesem Herbst sind auf dem Areal des Felix Platter-Spitals die Bauarbeiten seitens Hochbauamt in Gange, respektive werden alte Gebäude abgerissen um im unteren Teil an der Ecke Burgfelderstrasse/Luzerner Ring Platz zu schaffen für den Neubau. Der Gewinner des Spitalwettbewerbs soll Ende November feststehen.



von Grossrat Thomas Müry

An der Informationsveranstaltung des Felix Platter Areals vom Mai 2014 wurde seitens Immobilien Basel-Stadt klar kommuniziert, dass an diesem Standort unter anderem auch günstiger Wohnraum realisiert werden soll.

Vom Stadtteilsekretariat Basel-West aus wird die Arealentwicklung durch eine Arbeitsgruppe begleitet. Vertreter der LDP im Vorstand der Trägerschaft des Stadtteilsekretariats ist Philip Karger.

Im Rahmen eines ersten Ideenworkshops wurden in dieser Arbeitsgruppe von verschiedenen quartierrelevanten Institutionen am 13. Mai 2014 Ideen und Anliegen an die Arealentwicklung formuliert. Bis Ende des Jahres 2014 sollten auch alle planungsrelevanten Fakten - wie zum Beispiel die

Fragen des Denkmalschutzes - geklärt sein, sodass anfangs 2015 eine breite Informationsveranstaltung für das Quartier und seine Bevölkerung erfolgen kann.

Umfangreiche Mitwirkung

Die Mitwirkung umfasst mindestens zwei Akteursgruppen: einerseits organisierte Interessengruppen (wie z.B. der Neutrale Quartierverein, JuAr oder Oekostadt) und andererseits nicht organisierte Anwohner,

denen ebenfalls die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Anforderungen/Ideen an das Areal zu platzieren. Hierfür werden innerhalb der Arbeitsgruppe verschiedene Methoden ausprobiert.

Die genaue Ausgestaltung des Mitwirkungsverfahrens (nach §55 der Kantonsverfassung) ist derzeit in Absprache mit der kantonalen Verwaltung in Ausarbeitung und wird im Januar 2015 an der Delegiertenversammlung der Trägerschaft des Stadtteilsekretariats kommuniziert. Wir sind gespannt!

Missions- und Burgfelderstrasse: Grosse Pläne - aber mit Sprengkraft

Das Geschäft „Verkehrs- und Gestaltungsprojekt Burgfelderstrasse – Missionsstrasse – Spalenvorstadt“ bietet viel Sprengstoff und wird noch zu grossen Diskussionen führen. Endgültig entschieden ist noch nichts, aber einige Weichen sind schon gestellt – nicht immer zum Guten.



von Heiner Vischer, Grossrat und Vizepräsident der UVEK

Die Verkehrspolitik in Basel gehört immer wieder zu den umstrittensten Geschäften im Grossen Rat sowie auch in der Öffentlichkeit. Oft hat man das Gefühl, dass der Öffentliche (ÖV) und der Langsamverkehr (also Fussgänger und Velos) in Basel sakrosankt sind und der MIV (das ist der Mobile Individualverkehr – also das Auto) am besten abgeschafft werden sollte.

Erlenmatt als linker Schock

Dass nun das völlig überteuerte Tram Erlenmatt im Mai dieses Jahr von einer Mehrheit der

Stimmberechtigten im Kanton abgelehnt wurde, war deshalb ein riesen Schock für die links-grüne Mehrheit im Parlament und die Regierung, der bis heute noch nicht verdaut ist. Der Erfolg dieser Referendumsabstimmung kann auch deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden, weil er weit über den Abstimmungstag hinaus gezeigt hat, dass nicht alles so gemacht werden kann, wie sich das einige Planer und Politiker vorstellen.

Das Gebot der Wirtschaftlichkeit bleibt

Es hat sich auch beim ersten „Abstimmungs-Test“ des Ausbaus des Tramnetzes 2020 gezeigt, dass der von den Bürgerlichen Parteien eingebrachte und im Gesetz verankerte Pausus - neue Tramstrecken dürfen nur dann gebaut werden, wenn sie dem Gebot der Wirtschaftlichkeit entsprechen - von einer Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung gestützt wird. Es muss an dieser Stelle aber auch einmal mehr gesagt werden, dass die Bürgerlichen sind nicht

prinzipiell gegen einen weiteren Ausbau des ÖV stellen, aber er muss Sinn machen und auch einen wirtschaftlichen Nutzen bringen.

Wie die vorher geschilderten Interessenskonflikte immer wieder auftauchen und zu politischen Dissens führen, kann gut an dem Beispiel des Geschäftes „Verkehrs- und Gestaltungsprojekt Burgfelderstrasse – Missionsstrasse – Spalenvorstadt“ gezeigt werden.

Notwendiges - und anderes

Es handelt sich dabei um die notwendigen Strassenerhaltungsmassnahmen (Erneuerung von Kanalisation, Stromanlagen, Belägen, Gleisanlagen), aber auch eben um die „Gestaltungsmassnahmen“ die z. B. die Verkehrsführung oder die Anordnung von Parkplätzen betreffen. Und genau hier liegt der politische Sprengstoff. Beschlossen ist zwar bisher noch nichts, aber gewisse Weichen sind bereits gestellt. Der Stand des Projektes ist aktuell,

Auswüchse im Millieu bekämpfen!

Die Zahl der auf Basels Strassen anschaffenden Sexarbeiterinnen hat massiv zugenommen, insbesondere im Geviert Webergasse-Ochsengasse. Dies führt zu einem Aggressiverem Anwerben potentieller Kunden, vor allem aber zu einer illegalen Ausdehnung des Rotlicht-Millieus.

Mit zwei parlamentarischen Vorstössen hat sich LDP-Grossrat André Auderset des Themas angenommen. Mit einer Motion fordert er Ordnungsbussen für Sexarbeiterinnen, welche ausserhalb der Toleranzzone ihrem „Geschäft“ nachgehen. Damit die Wirkung nicht geschmälert wird, soll bei Einsprachen gegen Ordnungsbussen eine Kautio erhoben werden.

Handeln ist nötig aufgrund der Folgen des illegalen „Anschaffens“ für die dortigen Anwohnenden und vor allem auch für das örtliche Gewerbe. So steht ein Hotel in der Nähe der Kaserne vor dem Aus, weil die Gäste wegen Belästigungen durch Prostituierte ausbleiben.

Eine Verschärfung dieser Tendenz ist absehbar. Zum einen, weil in Kürze auch Sexarbeiterinnen aus weiteren Oststaaten zur Arbeitsaufnahme in die Schweiz einreisen dürfen. Zum anderen wird das neue Verkehrssystem Innerstadt mit einer (motor-)verkehrsfreien Toleranzzone zur Verschiebung des motorisierten Freierverkehrs an andere Orte, etwa um die Claramatte, führen.

Aufgrund dieser Entwicklungen will Auderset das System der Toleranzzonen völlig neu zu überdenken. Er fordert in einem Anzug, das Beispiel Zürichs auf seine Anwendbarkeit für Basel zu untersuchen. Dort wurde die Toleranzzone in der Innerstadt aufgehoben und für die Sexarbeiterinnen ein geschützter und überwachter Arbeitsort ausserhalb des Zentrums geschaffen. Diese sogenannten „Sexboxen“ gaben an der Basler Fasnacht zwar zu mancher Schnitzelbank-Pointe Anlass, scheinen sich aber zu bewähren.



Es soll sich einiges tun in der Burgfelderstrasse - wie auch in der Missionsstrasse.

dass der Grosse Rat Ende August 2013 den Ausgabenbericht für eine Projektierung dieses Geschäftes genehmigt hat. Dieser Projektauftrag basiert auf einem Vorprojekt, das wiederum auf Grund einer Machbarkeitsstudie erstellt wurde. In der Regel werden die wichtigen „Weichen“ in der vorbereitenden Kommission gestellt, bevor das Geschäft in den Grosse Rat kommt. Dies war in diesem Fall die UVEK (Umwelt- und Energiekommission des Grossen Rates). Und dabei wird es natürlich oft sehr spannend und auch ab und zu emotional. Da die Kommissionsberatungen selbst vertraulich sind, kann hier nicht auf die Details solcher Tonalitäten eingegangen werden – aber trotzdem gibt es genügend über das Geschäft zu berichten.

Behindertengerechte Tram-Haltestellen

So ist neben der Infrastrukturerhaltung auch das eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) zu berücksichtigen, das vorschreibt, dass bis 2023 alle Haltestellen des ÖV behindertengerecht ausgestaltet sein müssen (dies bedeutet einerseits gerade Haltestellen und andererseits höhere Haltekanten für einen niveaugleichen Einstieg). Es ist logisch, dass bei einem solchen grossen Eingriff in die Strasseninfrastruktur auch die Haltestel-

lensituation bereinigt wird, um nicht später nochmals korrigieren zu müssen.

Nicht mutwillig Stau schaffen

Soweit so gut. Nun kommt aber der sogenannte „Gegenvorschlag“ gegen die Städteinitiative ins Spiel, der verlangt, dass der motorisierte Verkehr auf Stadtgebiet bis 2020 um 10% abnehmen muss.

Dass dies unrealistisch ja gar eine Illusion ist, hat auch die Regierung erkannt, nimmt aber immer wieder diesen „Gegenvorschlag“ als Alibi zur Hand, um einschneidende Massnahmen gegen den MIV zu propagieren. So wird auch hier vorgeschlagen, dass die Hälfte der Tramhaltestellen im Projektperimeter neu als Kapthaltestellen (das Trottoir geht im Unterschied zur Inselhaltestelle durchgehend bis zum Tram) ausgestaltet werden. Dies macht es natürlich unmöglich, dass der MIV das Tram wie bei einer Inselhaltestelle überholen kann, und ist deshalb eine potentielle Stauquelle.

Sehr schwierig wird auch die Situation bei den Knoten Burgfelderplatz und Spalentor, da dort die Inselhaltestellen gemäss BehiG verbreitert werden und so eine Abbiegespur entfällt, was zu einer Minderung des Verkehrsflusses an diesen Knoten führt. Dazu kommt, dass

die Strassenachse vom Luzerner Ring bis durch die Spalenvorstadt zur Schützenmattstrasse im neuen Velorichtplan als Pendlerroute definiert wird, und deshalb Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Velos ergriffen werden sollen – die natürlich zu Lasten des MIV gehen.

Gegen Aufhebung von Parkplätzen

Auch bedeuten all diese Massnahmen, dass viele Parkplätze auf der Verkehrsachse aufgehoben werden. Die Verwaltung hat zwar versprochen, „möglichst viele“ dieser Parkplätze in die angrenzenden Quartierstrassen zu verlegen – aber da besteht schon jetzt Parkplatznot. Da es sich bei der Vorlage erst um einen Kredit für die Projektierung gehandelt hat, ist das definitive Projekt noch nicht beschlossen. Dies geschieht dann mit dem Ausführungskredit, der wieder in der UVEK und dem Grosse Rat diskutiert wird und von diesem beschlossen werden muss. Es bestünde also noch die Möglichkeit, einzelne Punkte zu ändern. Die Regierung hat folgende Ziele für das Projekt festgelegt: 1. Reduktion von Betriebsbehinderungen für das ÖV und behindertengerechter Zugang, 2. Verbesserung der Streckenführung und Erhöhung der Sicherheit an den Knoten für das Velo sowie

Öffnung der Spalenvorstadt für den Veloverkehr stadteinwärts (dies war ein parlamentarischer Anzug des Schreibenden), 3. Erhöhung der Sicherheit bei der Querung der Strassen für den Fussverkehr (so werden Fussgänger und Fussgängerinnen in der Fachsprache genannt) und eine Verbreiterung der Trottoirs, 4. Verbesserung der Baumstandorte und Vergrösserung der Grünflächen, 5. Verbesserung der Raumstruktur für den Aufenthalt und schliesslich und endlich 6. Sicherstellung der Funktionalität gemäss Strassenhierarchie und der Anwohnerparkplätze für den MIV sowie die Erschliessung der Liegenschaften (die Missionsstrasse und die Burgfelderstrasse sind übergeordnete Sammelstrassen und deshalb ist hier auch Tempo 50 km/h erlaubt).

Auch MIV ist wichtig

Die Liste der Ziele der Regierung ist nach Prioritäten geordnet. Dass der MIV an letzter Stelle steht, ist in unserer Stadt leider die Regel und motiviert uns bürgerliche Politiker, uns immer wieder mit voller Kraft auch für diese Interessensgruppe einzusetzen - ohne dabei aber auch den Öffentlichen und den Langsamverkehr zu vergessen. Eine Toleranz, die allerdings den rot-grünen Politikern weitgehend abhanden gekommen zu sein scheint.

Bâle-Saint-Louis retour!



von Christine Wirz-von Planta, LDP-Fraktionspräsidentin

Die neue Tramverbindung zwischen Basel und dem Bahnhof Saint-Louis wird voraussichtlich Ende 2017 fertiggestellt sein. Der Grosse Rat hat für die Tramverbindung der Linie

3 im Juli 2014 einem Kredit in der Höhe von 32,78 Millionen zugestimmt. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 86,5 Mio Franken. Wer wird von dieser neuen Tramführung profitieren? In erster Linie die Institutionen auf dem Burgfelderhof-Areal, welche bis heute mangelhaft erreichbar sind mit dem öffentlichen Verkehr und sich in den letzten Jahrzehnten stark entwickelt haben. Das Bürgerspital Basel, eine Institution der Bürgergemeinde Basel, hat nicht nur seine Kreativ- und Mechanische Werkstatt, das Grafische Zentrum und weitere Werkstätten für Menschen mit

einer Behinderung ausgebaut, sondern zusätzlich auch ein Alterszentrum für 120 Bewohne-

rinnen und Bewohner erstellt. Und die Mitarbeitenden des REHAB Basel (Bild), Zentrum



für Querschnittgelähmte und Hirnverletzte freuen sich ebenfalls auf die neue Linienführung. Obwohl beide Institutionen in relativer Stadtnähe sind, müssen bislang nicht nur jene, die dort arbeiten und wohnen, sondern auch die Besuchenden einen relativ langen Fussmarsch von der jetzigen Endstation

Burgfelden Grenze bis zum Zielort in Kauf nehmen. Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung auch in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das Zusammenwachsen der trinationalen Region ist ein beidseitiges Anliegen mit dem Ziel, den Anteil des öffentlichen Personen-

verkehrs zu steigern und das Strassennetz vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten. Mit der Tramverbindung Basel-Saint-Louis kann diese Zielsetzung auf sinnvolle Weise erreicht werden. Der Bahnhof Saint-Louis wird zu einem Verkehrsknotenpunkt ausgebaut mit Park+Ride Anlagen: Das

Tramprojekt wirkt als „Entwicklungsmotor“ für die Wohnraumverdichtung und die genannten Neuansiedlungen. Die Liberal-Demokraten stimmen nicht jedem Tramprojekt zu - ich erinnere an das Erlenmatt-Projekt - der Tramverbindung Basel-Saint-Louis haben wir hingegen geschlossen zugestimmt!

Frauenpower bei der LDP: Mehr als 3 x Spitze!

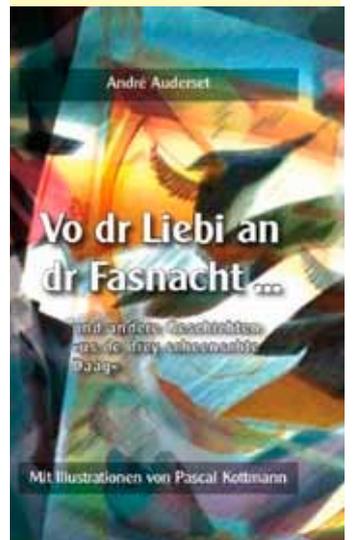
Die Liberal-Demokratische Partei war die erste Partei in unserem Kanton, die von einer Frau präsidiert wurde mit Christine Wirz-von Planta von 1989 bis 1996. Von 2003 bis 2008 folgte Maria Iselin-Löffler und seit 2013 steht Patricia von Falkenstein an der Spitze. Die Liberale Dr. med. Marie-Agnes Massini war die zweite Grossratspräsidentin Die LDP Riehen/Bettingen wurde 2010-2014 von Stefanie Thomann-Baumann präsidiert, die 2006-2010 auch Vize der kantonalen LDP war. Eine stolze Bilanz! So ganz nebenbei: Dank internen Regelungen und Machtkämpfen wurde bei der SP erstmals im Jahre 2013 eine Parteipräsidentin gewählt! Nachstehend ein aufgezeichnetes Gespräch mit Maria Iselin-Löffler (MIL), Patricia von Falkenstein (PvF) und Christine Wirz-von Planta (CW).

CW: Für mich persönlich war es ausserordentlich, dass ich als Parteipräsidentin gewählt wurde, aber nicht, weil ich eine Frau bin! Dies spielt eine untergeordnete Rolle in einer Partei, in welcher Frauen und Männer gleichberechtigt sind.
MIL: Ich habe es genauso empfunden! Während meiner Präsidentschaft habe ich – mit Erfolg übrigens – darauf geachtet, dass junge Frauen im Vorstand gut vertreten sind und keine jahrelange „Ochsentour“ absolvieren müssen, um ein verantwortungsvolles Amt übernehmen zu können.

PvF: Wir sind dezidiert gegen eine Quotenregelung und sind der beste Beweis dafür, dass es keine Quoten braucht! Frauen und junge Parteimitglieder können auch gefördert werden und sich profilieren, indem sie u.a. beim Schreiben von Artikeln und als Referenten bei Parolenfassungen berücksichtigt werden; darauf lege ich grossen Wert. Gerade die jüngeren Parteimitglieder gehen jedoch oft ins Ausland zwecks Aus- und Weiterbildung oder finden neben Familiengründung und gleichzeitiger Berufsausübung keine Zeit für eine politische Tätigkeit.

MIL: Dafür habe ich grösstes Verständnis, denn für uns Liberaldemokraten ist eine gute Ausbildung ein zentrales Anliegen!
CW: Während meiner Amtszeit habe ich immer die Meinung in Sachfragen bei unseren „klugen Köpfen“ eingeholt und vom Wissen unserer Parteimitglieder in allen Bereichen profitiert. Das unterscheidet uns Frauen von manchen Männern, die der Meinung sind, alles selber und erst noch besser zu wissen. Eine gute Zusammenarbeit und gegenseitiger Respekt schafft Akzeptanz und die notwendige Vernetzung innerhalb der Partei.
MIL: An Akzeptanz hat es mir nie gefehlt. Damit einem ein solches Amt Freude macht, braucht es nicht nur Herzblut, sondern auch Lust an der politischen Auseinandersetzung.
PvF: Auch ich fühle mich akzeptiert. Trotzdem muss man als Frau auf dem politischen Parkett grosses Durchsetzungsvermögen und Ausdauer an den Tag legen. Und im Gegensatz zu Frauen der linken Parteien politisieren wir bürgerliche Frauen eher zurückhaltend und auf der sachlichen Ebene. Das marktschreierische Gepolter liegt uns nicht, obwohl es sicher medienwirksamer wäre! Gute und fundierte politische Argumentationen werden

Sich oder andere beschenken - und auch die LDP



Eine Sammlung von amüsant-romantischen Geschichten rund um die zwischenmenschlichen Beziehungen an der Basler Fasnacht hat der liberale Grossrat André Auderset verfasst. Trotz des baseldeutschen Titels „Vo dr Liebi an dr Fasnacht“ ist das Buch in Schriftsprache verfasst und damit auch Nichtschweizern problemlos zugänglich. Illustriert ist das Werk von Pascal Kottmann, der schon mehrfach die Fasnachts-Plakette kreierte. Mit dem Kauf des Buchs hat man zum ersten ein typisch Baslerisches Mitbringsel oder auch ein passendes Weihnachtsgeschenk. Zum zweiten nutzt man damit auch der Partei. Pro auf diesem Weg verkaufte Exemplar, Preis: CHF 24.-, gehen CHF 5.- in die Kasse der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt. Das Buch kann bei der LDP-Geschäftsstelle oder via Mail andre.auderset@ldp.ch bestellt werden.

IL-Verlag, November 2014
Hardcover, 100 Seiten
ISBN: 978-3-906240-16-



Von links nach rechts: Maria Iselin-Löffler, Christine Wirz-von Planta und Patricia von Falkenstein.

weniger zur Kenntnis genommen als übertriebene Statements. Vielleicht sollten wir unsere Zurückhaltung etwas ablegen!
MIL: Wir waren aber immer stark bei der Kontaktnahme mit anderen Parteien und haben das



Gespräch gesucht, sei es zur Lösung von politischen Problemen oder im Hinblick auf bevorstehende Wahlen. Ich habe aber immer darauf geachtet, dass neben wahltaktischen Überlegungen die Inhalte nicht verloren gingen.
PvF: Das wird heute noch verstärkt gehandhabt! Ich möchte betonen, dass gerade im Hinblick auf Wahlen wahlrithmetische Überlegungen zur Stärkung der Bürgerlichen in der

Regierung eine grössere Rolle spielen als früher und dabei die politische Ausrichtung einer Partei nicht im Vordergrund stehen darf. Übergeordnete Zielsetzungen verlangen Kompromisse!
CW: Dabei ist sicher von Vorteil, dass wir als Präsidentinnen gleichzeitig im Grossen Rat Einsitz hatten und haben. Dies erleichtert die Kontakte auf unkomplizierte Art mit Mitgliedern aller Parteien. Wir haben ja keine Schwierigkeiten, auf Mitglieder anderer Fraktionen zuzugehen...

MIL: ...genau! Wir sind es ja durch unser ehrenamtliches Engagement in verschiedenen Bereichen gewohnt, mit Menschen umzugehen, die politisch nicht auf unserer Wellenlänge liegen. Schlussendlich geht es darum mit vertretbaren Kompromissen Resultate zu erzielen und dies möglichst ohne „Federn zu lassen“. Apropos ehrenamtliche Arbeit: Nicht wenige liberale Frauen sind dank ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im gemeinnützigen, sozialen und kulturellen Bereich in die Politik

eingestiegen. Eine weitere Einstiegsmöglichkeit zeigt sich durch die Tätigkeit als Richterin.
PvF: Wie wir: Christine war bekannt durch ihren ehrenamtlichen Einsatz und Maria und ich als Richterinnen. Und umgekehrt hat unsere Partei ausgezeichnete Gerichtspräsidentinnen und



Richterinnen portiert. Übrigens waren wir auch gemeinsam im Verfassungsrat, welcher mit weiteren namhaften Liberaldemokraten besetzt war und während eines Jahres von Dr. Bernhard Christ präsidiert wurde.

CW, MIL, PvF: Einig sind wir uns, dass das Präsidialamt

fördert, fordert, interessant und sehr vielseitig ist. Man lernt dabei den Stadtkanton und Menschen kennen, denen man sonst



nie begegnet wäre. Die Tätigkeit ist lehrreich und ein Wechselbad von Tiefs und Hochs: Niederlagen bei Abstimmungen und Wahlen werden weggesteckt und Erfolge verstärken den Einsatz – und dass es die Liberal-Demokratische Partei und ihre Mandatsträgerinnen, Mandatsträger und Mitglieder noch lange braucht!

Aufgezeichnet von Christine Wirz-von Planta

Jungliberale Basel-Stadt: Neue Impulse bei den Jungliberalen

Seit der letzten Generalversammlung der Jungliberalen im Frühjahr 2014 hat sich einiges getan. Zum Jahresende wollen sich die Jungpartei mit einigen sachpolitischen Denkanstössen präsentieren und Ihnen unsere Ziele kurz skizzieren.

Die Jungliberalen haben sich in den letzten Monaten auf eine Reorganisation einigen können, welche die Vorstandsarbeit effizienter gestalten und den politischen Diskurs fördern soll.

Gliederung in Ressorts

Inspiziert von der Medienwelt, haben wir den Vorstand in Ressorts gegliedert. Idee dahinter: Dadurch, dass jedes Vorstandsmitglied einen Verantwortlichkeitsbereich innehat, welcher auch seinen Interessen und seinem Umfeld entspricht, soll die Koordination und Informationsbeschaffung massgeblich vereinfacht werden. Jeder im Vorstand agiert als Experte in seinem Ressort und hat die Pflicht sich über das aktuelle

Geschehen innerhalb seines Ressorts zu informieren. Neben gängigen Medien, wie Zeitungen, ist es wichtig, dass man sich über Interessensverbände, auf Blogs, im Kontakt mit Bürgern, mit Politikern sowie mit Amtsträgern auf dem laufenden hält, um möglichst früh einen Missstand oder Handlungsbedarf zu erkennen.

Finger am Puls

Somit ist gewährleistet, dass wir den Finger am Puls der Bürger haben. Beispiele sind Grossratsbeschlüsse (bsp: Rollerparkgebühren), Unverhältnismässigkeiten (Lohnexzesse, Gebühren, Bewilligungen etc.), Untätigkeit der Politik etc. Sobald wir in einer Sache Handlungsbedarf

sehen und uns im Vorstand darauf einigen, können wir als „First-Mover“ mittels Medienmitteilung oder Gründung eines Initiativkomitees auftreten und somit die Bedürfnisse unserer Bürger ernst nehmen. Im Folgenden wollen wir Ihnen nun kurz einige Vorstandsmitglieder und ihre Ressorts näher vorstellen. Falls Sie als Leser einen Input zu einem der genannten Themengebiete haben, zögern Sie nicht dies der entsprechenden Person mitzuteilen.

Basels Potential erkennen und ausschöpfen

Als Präsident der Jungliberalen möchte sich **Michael Hug** (auf dem Foto auf S. 10: 3. v.

l.) besonders für das Thema Stadtentwicklung einsetzen. Das schon fast geflügelte Wort unter Jungen „In Zürich läuft einfach mehr“ soll nicht in alle Ewigkeit Bestand haben. Die Stadt Basel bietet ein enormes Potential das es zu erkennen und auszus schöpfen gilt.

Kriterium Mehrheitsfähigkeit

Gerade nach Abstimmungen wie dem Stadtcasino, dem Centralpark, sowie der Stadtranderweiterung Ost, muss man sich jedoch Gedanken darüber machen, welche Projekte in unserer Stadt mehrheitsfähig sind und in welche Stossrichtung unsere Stadtplanung gehen soll. Enormes Potential bergen die Projekte des Herzstücks der S-Bahn, die Umnutzung des Dreispitzareals oder des Hafens mit der Klybeckinsel. Ausserdem sind Tendenzen der sinnvollen Verdichtung in der bestehenden Bausubstanz erkennbar:

Grosspeter-, Roche-, Hotel Mövenpick oder der Clara-, sowie der angedachte zweite Messeturm zeugen davon. Diese Entwicklungen sind aus unserer Sicht höchst begrüssenswert und müssen mit allen Mitteln vorangetrieben werden.

Die richtigen Fragen stellen

Neben diesen Grossbaustellen wollen wir jedoch ein spezielles Augenmerk auf die Innerstadt und deren Konzeption richten. Wie viel Lärmemissionen sollen hier erlaubt sein? Brauchen wir umständliche Bewilligungsverfahren, welche dann trotzdem durch einen einzelnen Anwohner zu Fall gebracht werden können? Bis zu welchem Grad haben Bewohner Anrecht auf Ruhe? Vielleicht benötigt Basel eine Ausgangszone in welcher spezielle Öffnungszeiten gelten, liberalere Gesetze für Street-Food Stände, ein neuer Belag auf der Freien Strasse oder müssen gar die Trams vom Barfüsserplatz bis zur Schiffflände unter die Erde gebracht werden? **Diana Blome** (2. v. l.) ist durch ihren Beruf als Kunsthistorikerin besonders an der kulturellen Entwicklung unserer Stadt interessiert. Bei vielen jungen Menschen scheint es heute als selbstverständlich zu gelten, in einer Stadt zu leben, die ein derart reiches Angebot in den

Bereichen Kunst, Architektur oder Musik aufweisen kann. Dieses Privileg gilt es nicht nur zu bewahren, sondern auch vermehrt ins Bewusstsein der jungen Generation zu rücken. Als Vizepräsidentin der Jungliberalen möchte Diana sich dafür einsetzen, dass durch geeignete Vermittlungsangebote die Kulturstadt Basel auch im Alltag von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärker verankert wird und an Bedeutung gewinnt. Um dies zu erreichen braucht es eine Politik, die Schülerinnen und Schüler für das kulturelle Angebot unserer Stadt sensibilisiert, den Zugang zu entsprechenden Institutionen öffnet und privates Engagement fördert.

Bildung als Schwerpunkt

Lukas Hug (1. v. l.) engagiert sich mit seinem Ressort besonders für Universität und Hochschulbildung. Mit der 1460 gegründeten und somit ältesten Universität der Schweiz ist Basel eine wichtige Universitätsstadt, jedoch eine Universitätsstadt ohne Campus, ohne Zusammengehörigkeitsgefühl und ohne Austausch unter den Fakultäten. Lukas zufolge gilt es daher mit geschickter Politik, sei diese baulicher (Campus, Forum) oder inhaltlicher Natur (interdisziplinäre Seminare) den Austausch unter der Wissenschaften

(universitas litterarum) und deren Gesamtheit zu fördern! „Selbstverständlich gilt es der akademischen Freiheit Rechnung zu tragen“ sagt Lukas, „jedoch muss die Uni Basel künftig einen Weg finden, wie sie vermehrt Partnerschaften mit Privaten eingehen kann. Die hiesige Industrie, zahlreiche Stiftungen und auch Private sind eine Chance, welche man nicht leichtsinnig verspielen sollte. Die Frage sollte nicht sein, ob man Fördergelder von Privaten verwenden darf, sondern wie.“ Deshalb fordert Lukas eine attraktive Universität mit internationaler Ausstrahlung, welcher Forschungsstandort globaler Grössen ist und solche selbst hervor bringt. Konkret gilt es daher den Austausch unter Studierenden, wie auch den Alumni zu fördern, sowie eine Identität zu schaffen, die die Universität Basel nicht nur zu einer der besten sondern auch beliebtesten Universitäten macht. Baulich muss alles daran gesetzt werden, damit die Universität nicht zersiedelt wird – was einen Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Fakultäten verunmöglichen würde.

„Wirtschaft“ einmal anders...

Als Studentin der Hotelfachschule in Lausanne engagiert sich **Annina von Falkenstein** (2.

Abstimmen, bis es stimmt?

Bei der Behandlung der „Abfall-Vorlage“ im Grossen Rat ging die Pflicht, an Veranstaltungen nur Mehrweggeschirr verwendet zu dürfen, einem Teil der Bürgerlichen zu weit, und in der Abstimmung setzte sich der Streichungsantrag durch. Danach regte sich im links-grünen Lager grosse Unruhe. Behauptet wurde, die Abstimmung sei vom Präsidenten missverständlich erläutert worden. Dieser stimmte dem Einwand zu und ordnete eine erneute Abstimmung an, die dann zu Ungunsten der Streichung ausging. Das nunmehr verfügbare Protokoll zeigt aber klar auf, dass der Präsident keineswegs missverständlich ausgedrückt hatte. Wie sich später herumsprach, hatte eine SP-Vertreterin aus der vordersten Reihe den Ja-Knopf gedrückt, die in den Saal eilenden Fraktionskolleginnen und -kollegen sahen dies und taten es ihr gleich. Die LDP fragt sich: Wird in Zukunft solange abgestimmt, bis es für die Linken stimmt?

André Auderset

v. r.) vor allem für die Bereiche Gastronomie und Tourismus. „Als ein grosser Dienstleistungssektor wird von der Gastronomie viel erwartet“ sagt sie. „Um diese Dienstleistungen an die Bedürfnisse aller Generationen anpassen zu können, muss ein steter Dialog zwischen Konsumenten, Wirten und Politik geführt werden. Diesen Dialog möchte ich, selbst angehende Gastgewerblerin, fördern und Augen und Ohren für gastronomische Missstände und potenzielle Projekte offen halten.“

...und im üblichen Sinne

Philipp Schotlands Interessen liegen besonders im Bereich der Wirtschafts- und Abgabepolitik. Auch wenn dies kein typisches Politikfeld der Jugendlichen und jungen Stimmbürger darstellt, hat seiner Meinung nach die



erfolgreiche Ausgestaltung derselben massgeblichen Einfluss darauf, dass spannende Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten in unserem Kanton bestehen. Innovative Unternehmen und spannende Berufsangebote für junge Menschen entstehen nur, wo die richtigen Standortfaktoren vorherrschen.

Familie als Rückgrat

Adrienne Strahm macht sich besonders für die Förderung junger Menschen stark. Ihr Ressort ist die Familien- und Bildungspolitik. „Die Familie bildet als kleinste Gemeinschaft das Rückgrat unserer Gesellschaft“ sagt Adrienne. „Tagesstrukturen ergänzen unser Bildungssystem

und unterstützen die heutigen Familienstrukturen. Damit können gut ausgebildete Frauen und Männer gleichberechtigt Beruf und Familie vereinen.“

Fussball und Fasnacht

Remi Berger (1. v. r.) vereint seine Leidenschaften mit seinen politischen Interessen. Seine Kernpunkte nämlich sind Fussball und Fasnacht. Beides geniesst „in Basel einen grossen Stellenwert und ein Grossteil unserer Bevölkerung ist hier involviert. Berger befasst sich zurzeit mit der Hooligan-Problematik und versucht die Diskussion von einem vernünftigen und liberalen Standpunkt aus zu befruchten. Zum anderen

erlassen die Organisatoren der Fasnacht Immer mehr Vorschriften. Dies widerspricht liberalem Denken“.

Sicherheit als staatliche Kernaufgabe

Benjamin Grob (4. v. l.) interessiert sich vor allem für sicherheitspolitische Fragen. Sicherheit ist seiner Meinung nach seit je her eine Kernaufgabe des Staates. Es sei deshalb wichtig, dass wir gut aufgestellte und effektive Einsatzkräfte haben, die ihre Aufgaben in unsere Gesellschaft erfüllen können. Dazu liefert er ein konkretes Beispiel: „Der Basler Sanität fehlen etwa 10 Sanitäter, was bei grossem Verkehrsaufkommen regelmä-

sig zu einer Wartezeit von bis zu 25 min führen kann.“ Seiner Meinung nach ist dies ein nicht zu tolerierender Zustand. Dass wir uns als Jungliberale besonders für die Sicherheit in der Stadt einsetzen, zeigte auch jüngst ein Leserbrief, verbunden mit einem TeleBasel-Bericht, in dem wir davor warnen, den Park der Elisabethenanlage zu einem Drogenumschlagplatz verkommen zu lassen. Einigen unserer Mitglieder wurde klar signalisiert, dass sich viele Passanten im erst vor kurzem aufwändig gestalteten Park nicht mehr sicher fühlen. Aus Sicht der Jungliberalen ist dieser Zustand nicht zu tolerieren und eine Politik des Wegschauens deshalb eindeutig fehl am Platz.

Das Alter ehren und respektieren

Es ist schön, in einem Land leben zu dürfen, das für Frau und Mann eine der höchsten Lebenserwartungen aufweist. Das sollte man jedenfalls meinen. Die Voraussetzungen für unsere zu erwartende Lebensdauer von 82 beziehungsweise 84 Jahren sind bewusst und auf verschiedenen Ebenen geschaffen worden. Von der Gesundheits-Erziehung über die Vermeidung von Gefahren im Arbeitsalltag, von einer der weltbesten medizinischen Versorgung bis hin zu vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen sowie einem Netz der sozialen Sicherheit. So sind viele Faktoren der Grund dafür, dass es in unserem Land viele betagte und hochbetagte Menschen gibt. Alle genannten Voraussetzungen basieren übrigens auf klaren demokratischen Entscheiden, unser Volk wollte und will das so.

Verfehlt Begriff „Überalterung“

Dazu passt in keiner Weise, wie gewisse politische Parteien mit der älteren Bevölkerung umgehen. Es fängt an mit den aus meiner Sicht verfehlten und diskriminierenden Begriffen „Überalterung“ oder „überalterte Gesellschaft“. Diese offensichtlich von der Statistik geprägte

Sichtweise ist verletzend und trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass wir unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat zum grossen Teil diesen älteren Generationen verdanken. Oft unter Entbehrungen haben sie die Grundlage für den heutigen Wohlstand geschaffen.

Betagte sind kein „Problem“

Ebenso unangebracht ist es von „Problemen“ zu sprechen, welche die Politik zu lösen habe, weil es einen grossen Anteil an betagten Menschen gibt. Es redet auch keiner von „Problemen“, welche dem Staat erwachsen, weil er für die Schul- und Berufsbildung zuständig ist. Es sind Aufgaben für die Politik und nicht „Probleme“. Diese Aufgaben gilt es mit Respekt und auch mit Freude und Dankbarkeit in Angriff zu nehmen und nicht als lästige Pflicht. Man darf, man soll durchaus über verschiedene Lösungsansätze für Fragen im Bereich des Gesellschaftsvertrags diskutieren, bei denen es besonders um ältere Menschen geht. Es ist aber unwürdig und mit meiner liberalen Grundhaltung nicht zu vereinbaren, wenn ältere Menschen zu Objekten gemacht werden, über die man

bestimmen muss. So kommt mir der Vorschlag aus Kreisen der SP vor, den Führerschein ab Alter 70 freiwillig abzugeben und dafür als „Zückerchen“ ein Jahr lang auf Staatskosten den Öffentlichen Verkehr benutzen zu können. Dies wird auch mit tragischen Unfällen unter Beteiligung Betagter begründet. Das ist Bevormundung, ein Generalverdacht, das ist diskriminierend gegenüber der älteren Generation.

Selbstbestimmung auch im Alter

Manche trauen den älteren Menschen offenbar nicht zu, dass sie selbst entscheiden können, ob sie im Strassenverkehr eine Gefahr für sich und andere darstellen. Auch die Begründung mit der Unfallstatistik hält einem Vergleich mit den Werten anderer Alters- bzw. Risikogruppen nicht stand. Es mutet auch seltsam an, wenn über alle Parteigrenzen hinweg die Anhebung des Rentenalters, sogar bis 67, gefordert wird. Man traut also Menschen dieses Alters jede verantwortungsvolle Arbeit zu, um ihnen bloss drei Jahre später die Fähigkeit, ein Auto zu lenken, abzusprechen. Das geht nicht auf. Weitere Beispiele für Alters-

diskriminierung sind die Versuche, ältere Menschen zu bewegen, aus ihren Häusern oder Wohnungen auszuziehen, um Wohnraum frei zu machen, das Stimm- und Wahlrecht so zu ändern, dass die Jugend mehr Gewicht bekommt. Dann die Einführung von Abgaben speziell für Betagte an die Pflegekosten.

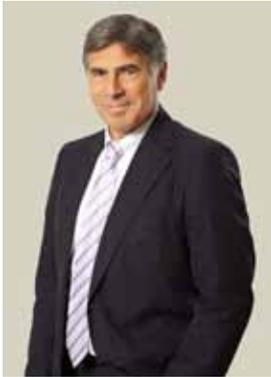
Respekt verdient!

Sicher kennen Sie noch andere Beispiele für fehlenden Respekt oder Wertschätzung gegenüber dem Alter. Gerade aktuell ist die Absicht, die Abfallentsorgung zu ändern. Alle sollen den „Bebbi-Sack“ bis zu 100 Meter weit an eine Deponiestelle bringen müssen. Wer hat da an die älteren Generationen gedacht? Wir von der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt treten den älteren Jahrgängen und den weniger alten und jüngeren mit demselben Respekt, mit derselben Achtung gegenüber. Wir sind bereit, uns gegen Diskriminierungen jeder Art zu wehren. Und wir sind überzeugt, dass nur eine Gesellschaft aller Generationen, gemeinsam, Erfolg hat!

Patricia von Falkenstein
Präsidentin und Grossrätin
Liberal-Demokratische Partei BS

Bildung ist Schlüsselfaktor für das Erfolgsmodell Schweiz

Die Erfolge des Schweizer Bildungssystems stossen weltweit auf Interesse. Immer wieder empfangen wir Besuche, welche sich über die verschiedenen Stufen unseres Bildungssystems informieren möchten. Im Zentrum steht die duale Berufsausbildung, die Verbundaufgabe zwischen Lehrbetrieb, Berufsschule und staatlicher Aufsicht. Aber auch die Volksschule, die Gymnasien und die Hochschulen stehen im Fokus der Interessen des Auslandes. Dies ist aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit.



von Regierungsrat
Christoph Eymann

Unsere Schul-, Berufsausbildungs- und Hochschul-Absolventinnen und -Absolventen stehen im harten internationalen Wettbewerb. Auf dem Arbeitsmarkt und auch an Hochschulen verschafft der Schweizer Pass keine Prioritäten. Die Wettbewerbssituation ist international geworden. Der einstmalige Schutz des Schweizer Arbeitsmarktes existiert nicht mehr.

Lehren ziehen aus PISA und Uni-Rankings

Das bedeutet, dass die Bildungspolitik dafür sorgen muss, dass unsere junge Generation hervorragend schulisch, beruflich und an Fachhochschulen wie Universitäten ausgebildet werden kann.

Die internationalen Vergleichstests von Schulleistungen PISA (Programme for International Student Assessment) und die Uni-Rankings zeigen, dass andere Länder enorm in die Bildung investieren und zu den Spitzenationen vorgedrungen sind. Insbesondere Länder mit hungrigen Volkswirtschaften investieren enorm in die Bildung und Ausbildung ihrer Jugend und werden auch zur ernsthaften Konkurrenz. Diese Entwicklung muss uns motivieren, mehr zu tun als bisher.

Handlungsbedarf ist gegeben

Bis Investitionen in Schulen und Hochschulen Früchte tragen und auch wirtschaftlich genutzt werden können, dauert es viele Jahre. Wir müssen also heute die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unser Bildungssystem morgen und übermorgen konkurrenzfähig bleibt. Für den Kanton Basel-Stadt bedeutet das, die Schulen weiter zu stärken. Genügend finanzielle Ressourcen bereitzustellen, die Attraktivität der Lehrberufe zu erhöhen, die Berufslehre zu pflegen und auch die Universitäten und Fachhochschulen mit genügend Mitteln auszustatten.

Die Tatsache, dass in unserem Kanton zwei weltweit führende Pharma-Unternehmen ihren Sitz haben und enormen Forschungsaufwand betreiben, wird von unseren Hochschulen noch zu wenig genutzt. Die Zusammenarbeit muss enger werden. Einbezogen werden müssen auch die Spitäler der Region im In- und Ausland.

Es muss uns gelingen, unsere Bildungsinstitutionen so zu positionieren, dass die auch über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus ausstrahlen.

Dann wird auch die Voraussetzung gegeben sein, dass Produkte aus der Forschungstätigkeit hier bei uns verwertet werden können, was die lokale Wirtschaft stärkt. Es braucht die Einsicht der Politik und den Willen der Träger unserer Hochschulen, die notwendigen Mittel bereitzustellen. Die politischen Diskussionen über die Finanzierung der Hochschulen – vor allem in jüngerer Vergangenheit – stimmen nicht nur zuversichtlich.

Es braucht ein klares Bekenntnis zu einer erstklassigen Schulbildung, Berufsbildung und Hochschulbildung. Dieses muss sich auch durch ausreichende Finanzierung manifestieren – in Stadt und Land!

4010 Basel

PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Dezember 2014
ISSN 2296-0155

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnent CHF 18.00

Auflage
2'500 Exemplare
erscheint vier bis sechs Mal
jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel

Denken Sie auch liberal?

- Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
 Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.